

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Zeitung von KollegInnen für KollegInnen

Nr. 6

## Stoppt Schröder, Hartz & Rürup

### Bundesweite Großdemonstration! Eintägiger Generalstreik!

Mit seiner „Agenda 2010“ und der Regierungserklärung vom 14. 3. hat Schröder angekündigt, dass er den sozialen Kahlschlag verschärfen und tempomäßig beschleunigen will. Er appelliert an die Gewerkschaften sich dieser angeblichen Notwendigkeit zu beugen. Aber notfalls will er seine Pläne auch gegen die Gewerkschaften durchziehen. Die Axt, die Kohl und Schröder an den „Sozialstaat“ angelegt haben, soll in den nächsten Monaten und Jahren zu solchen Schlägen ausholen, dass nichts mehr übrig bleibt, von dem was sich die Gewerkschaften in den letzten beiden Jahrhunderten erkämpft haben.

Gleichzeitig erklärte Schröder, dass der

daran festhält den Spitzensteuersatz bis zum Jahr 2005 von 48,5 auf 42 Prozent zu senken. Dadurch wird den Einkommensmillionären ein jährliches Steuergeschenk von sechs Milliarden Euro hinterhergeschmissen.

Kein Wort verlor Schröder in seiner Regierungserklärung zur Vermögenssteuer. Er hat ihre Wiedereinführung längst gekippt. Durch die Einführung einer einprozentigen Vermögenssteuer kämen 16 Milliarden mehr in die öffentlichen Kassen. Doch darauf verzichtet die rot-grüne Regierung. Dafür will sie den Ärmsten der Armen jährlich weitere 15 Milliarden Euro durch die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe wegnehmen. Die Armen

### Inhalt

- **Sozialkahlschlag & Gegenwehr** S. 1 - 10
- **Massenstrteiks in Europa** S. 10
- **ver.di-jugend fordert Generalstreik** S. 9
- **Patient: Gesundheitswesen** S. 11 - 13

### Liebe LeserInnen!

In Euren Händen haltet Ihr die sechste Ausgabe der Zeitung des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di“.

Wir wollen mit dieser Zeitung Argumente für ein konsequentes gewerkschaftliches Handeln im Interesse der Beschäftigten liefern, gegen den Kurs des Zurückweichens, den die Führung unserer Gewerkschaft zur Zeit betreibt.

Mitarbeit an dieser Zeitung ist erwünscht! Wir sind keine Journalisten, sondern Busfahrer, Krankenschwestern- und pfleger usw. Wir sind darauf angewiesen, dass ihr uns Berichte schickt und mithelft, damit diese Zeitung erscheinen kann.

Bitte teilt uns Eure Meinung mit, schickt uns Verbesserungsvorschläge, Artikel und Notizen.

Viel Spaß beim Lesen!  
Die Redaktion  
Mai 2003

Auf der einen Seite trifft's die Rentner.  
Auf der anderen Seite aber auch genauso  
die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger.



„Es kann nicht Lebensinhalt sein, ab 60 einen endlosen Urlaub anzutreten“

Martin Wansleben,  
Geschäftsführer des  
Industrie- und Handels-  
kammertags (DIHK)

„Manche in der Union haben die Angst, von Schröder rechts überholt zu werden. Sie setzen deshalb auf Schröder plus X“

Gerald Weiß, Vorsit-  
zender der soge-  
nannten  
Arbeitnehmergruppe  
der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion  
am 4.4.2003 in Berlin

# Rot-grünes Regierungs- programm

## Den Reichen geben

● Die Bundesregierung hält daran fest, den Spitzensteuersatz von 48,5 Prozent bis zum Jahr 2005 auf 42 Prozent zu senken. Das wird nach Angaben von ver.di zu einem jährlichen Steuerausfall von sechs Milliarden Euro führen.

● Das von Privatpersonen aus Deutschland in Steueroasen gehaltene Vermögen wird auf 400 Milliarden Euro geschätzt. Zwei Drittel der dort erzielten Zinserträge werden nicht versteuert. Das bedeutet einen Steuerausfall von 15 Milliarden Euro. (Angaben von attac-Kampagne „Stopp Steuerflucht“). Die von der Schröder-Regierung beschlossene Steueramnestie für diese Steuerflüchtigen wird in keinem Fall dazu führen, dass diese Gelder in nennenswertem Umfang zurückfließen und hier nachversteuert werden. Der ursprüngliche Plan von Rot-Grün das Bankgeheimnis aufzuheben, um Steuerflucht künftig zu verhindern, wurde wieder fallengelassen. All diese Maßnahmen sind eine Ermunterung für weitere Steuerflucht.

● Mit der im Dezember 2002 beschlossenen Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte werden dem Geldadel jährliche Steuergeschenke von 4,5 Milliarden Euro hinterhergeschmissen.

● Von 1998 bis 2002 hat die Bundesregierung für Kommissionen wie Hartz mehr als 8 Millionen Euro Steuergelder verschwendet. 2003 sind dafür 4,5 Millionen Euro vorgesehen, davon allein für die Rürup-Kommission eine Million. (Quelle: Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage)

● Daimler hat für das Geschäftsjahr 2002 einen Gewinn von 6,9 Milliarden Euro ausgewiesen. Die Gewinnausschüttung an die Aktionäre soll um die Hälfte erhöht werden. Seit 1995 zahlt Daimler keine Steuern mehr. Für den Ausbau des

finanzieren die Steuergeschenke an Gloria von Thurn und Taxis.

Während die einen die Sorge plagt ihre Kinder satt zu bekommen, können sich andere Gedanken machen, ob sie sich einen Maibach von Daimler oder den neuen Cayenne von Porsche als Zweitwagen anschaffen.

Während Konzerne wie Daimler (6,9 Milliarden Euro), BMW (3,3 Milliarden Euro), BASF (1,5 Milliarden Euro) oder die Deutsche Bank (3,5 Milliarden) fürs vergangene Geschäftsjahr neue Rekordgewinne vermelden und darauf keine Steuern mehr bezahlen, bauen die Kommunen mit Verweis auf die leeren Kassen massenweise Arbeitsplätze ab und schließen oder privatisieren soziale Einrichtungen.

Vom gesamten Steueraufkommen stammen noch 15 Prozent aus Gewinn- und Kapitalsteuern, 75 Prozent aus Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer). Die Finanzämter nehmen inzwischen mehr durch die Tabaksteuer, als durch Unternehmenssteuern ein.

Schröder behauptet, wir können uns die sozialen Sicherungssysteme so nicht mehr leisten. Wir sagen: wir können uns den Reichtum der Reichsten nicht mehr leisten. Wenn die zehn reichsten Deutschen ein Vermögen von 92,5 Milliarden und die 100 Reichsten 250 Milliarden (soviel wie der Bundeshaushalt 2003) besitzen, dann wird es Zeit umzuverteilen und zwar von oben nach unten und nicht umgekehrt.

## Arbeitslosigkeit ist kein Vermittlungsproblem

Die Behauptung der rot-grünen Regierung Arbeitslosigkeit sei ein Vermittlungsproblem ist blanker Zynismus. Es wird allein dadurch widerlegt, dass nicht nur die Zahl der Arbeits-

losen ständig steigt, sondern auch die Zahl der offenen Stellen dramatisch zurückgeht. 4,7 Millionen Anfang März beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen beziehungsweise 7,5 Millionen Arbeitsuchenden stehen gerade mal etwas mehr als 300.000 Stellen gegenüber. Auf jede offene Stelle kommen also 25 Arbeitssuchende.

## Die Faulenzer sind die Reichen

Schröder sagte am 14. 3. 2003 niemand dürfe sich „zu Lasten der Gemeinschaft zurücklehnen“... Stimmt! Deshalb ran an die Geldsäcke, die 400 Milliarden Euro in Steueroasen parken und damit jährlich 15 Milliarden Steuern hinterziehen. Ran an die Banker, Manager und Aktienbesitzer, die die von uns erarbeiteten Gewinne weder versteuern noch reinvestieren. Ran an die Spekulanten, die sich auf Kosten von Mietern bereichern. Aber für Schröder sind diejenigen, die sich auf Kosten der Gemeinschaft zurücklehnen, die Arbeitslosen. Er macht die Opfer der Arbeitslosigkeit zu deren Schuldigen. Durch Zwangsarbeit zu jedem Preis und an jedem Ort sollen Arbeitslose und jugendliche Schulabgänger jetzt schikaniert werden. Die Arbeitslosenunterstützung und -hilfe ist nicht zu hoch, sondern längst viel zu niedrig. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld betrug im Jahr 2001 gerade mal 730 Euro und die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe nur 515 Euro im Monat. Seither gibt es für Langzeitarbeitslose eine jährliche Kürzung von drei Prozent und seit Januar 2003 infolge der Hartz-Pläne weitere Kürzungen durch erhöhte Anrechnung von Erspartem beziehungsweise der Einkommen von Partnern. Im Etat der Bundesanstalt für Arbeit sollen durch die seit Januar geltenden Verschlechterungen allein in diesem Jahr 2,83 Milliarden Euro gekürzt werden.

## Druck in den Betrieben nimmt zu

Parallel zu den Angriffen von Seiten der Bundesregierung verstärken Unternehmer und Politiker den Druck in den Betrieben. Nach der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten auf 20 Uhr am Samstag, wollen die Einzelhandelsunternehmer die Streichung von Samstagszuschlägen durchsetzen, die Wochenarbeitszeit verlängern und gleichzeitig Urlaubstage streichen. Dafür haben sie die Manteltarifverträge bis Ende März gekündigt. In der Metallindustrie wollen die Unternehmer den in der Tarifrunde 2002 vereinbarten einheitlichen Entgeltrahmen-Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte (ERA) zu einem Kostensenkungsprogramm umfunktionieren. In Ostdeutschland drohen die Metall-Unternehmer in der laufenden Tarifrunde zur Angleichung der Arbeitszeit an das Westniveau mit Tariffucht und in Sachsen sogar mit Auflösung des Arbeitgeberverbandes. Der Berliner Senat ist mitten in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes aus der Tarifgemeinschaft ausgestiegen und will die durch die Bankenpleite verursachten Löcher im Haushalt auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abwälzen. In allen Kommunen werden öffentliche Betriebe an Profitgeier ausgeliefert, der Flächentarif unterlaufen, Stellen abgebaut, Löhne gedrückt. Der Entzug von finanziellen Mitteln für die Krankenhäuser hat bereits für Beschäftigte und Patienten zu einem unerträglichen Zustand geführt. SPD/CDU/FDP/Grüne haben im Bundesrat gemeinsam eine Öffnungsklausel für die Beamtenbezüge beschlossen. Jedes Bundesland darf jetzt selbst entscheiden, ob und wie es den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf die Beamten überträgt, ob und wie viel Weihnachts- und Urlaubsgeld es seinen Beamten noch bezahlt. Das hat in den Bundesländern inzwischen eine Kürzungssorgie zu Lasten der Beamten eingeleitet.



Frankreich am 13. Mai 2003:  
Mit Generalstreik wehren sich die Beschäftigten gegen den Angriff der Regierung auf die Renten. Über zwei Millionen Menschen in rund 115 Städten gehen auf die Straße – sie haben genug!

### Nein zum Ausbau des Niedriglohnsektors und Absenkung des Lohnniveaus

Mit dem Wegfall der Arbeitslosenhilfe werden auf einen Schlag 1,8 Millionen Menschen zusätzlich zu Sozialhilfeempfängern. Die Arbeitslosenhilfe verliert dadurch auch ihre Funktion als faktische Mindestlohngrenze. Und das ist auch die Absicht der Bundesregierung. Denn es geht ihr nicht nur darum bei den Arbeitslosen zu kürzen. Die Kürzungsmaßnahmen sollen zusammen mit anderen Maßnahmen einen riesigen Niedriglohnsektor aufbauen. Und durch Niedriglöhne soll Druck auf das gesamte Lohnniveau ausgeübt werden. Dieses Ziel wird auch verfolgt mit der unmenschlichen Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen, der Einrichtung von Personalservice-Agenturen, sprich Leiharfirmen bei den Arbeitsämtern zu Billigtarifen und der Lockerung des Kündigungsschutzes. Stamarbeitsplätze werden in bisher nicht gekanntem Ausmaß durch Leiharbeit ersetzt werden. Die Tarife von Leiharbeitern liegen heute schon 30 Prozent unter dem Niveau von festangestellten MitarbeiterInnen. Weiter soll das Lohnniveau durch massenweise Öffnungsklauseln und Betriebsvereinbarungen unterhalb der Flächentarifverträge in die Zange genommen werden. Die bereits beschlossene und ab 1. 4. 2003 geltende Anhebung der Obergrenze für geringfügige

**Die Kohl-Regierung hat 1996 Unternehmer mit weniger als 11 Beschäftigten vom Kündigungsschutz ausgenommen. Die Handwerksbetriebe versprachen damals 500.000 neue Jobs. Der verschlechterte Kündigungsschutz führte allerdings dazu, dass es im Handwerk am Ende der Kohl-Regierung 100.000 Arbeitsplätze weniger gab.**

und sozialversicherungsfreie Beschäftigung auf 400 Euro und der erneuten Ermöglichung diese Jobs auch als nicht zu versteuernden Zweitjobs anzunehmen ergänzt das Repertoire staatlicher Maßnahmen für Lohndumping. Mit all diesen Maßnahmen soll die Amerikanisierung des Arbeitsmarktes durchgesetzt werden. Es soll normal werden, dass Beschäftigten zwei bis drei Jobs machen müssen, 70 Stunden in der Woche arbeiten und erst nicht genug Geld für ein anständiges Leben verdienen. Es soll normal werden, dass jeder Job zu jeder Tag- und Nachtzeit zu jedem Lohn angenommen werden muss. Zu dem Heer der arbeitslosen Ärmsten kommt ein Heer von arbeitenden Armen. Die Veränderung der Auswahlkriterien bei Entlassungen zu Lasten älterer KollegInnen bei gleichzeitigen Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung und Renten wird dazu führen, dass Beschäftigte, die jahrzehntelang geschuftet haben und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt haben in der Altersarmut enden. Durch die Personal-Service-Agenturen, die Ich-Ags durch Minijobs und Ausübung von Druck auf ältere erwerbslose Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden, sollen Arbeitslose ausgesteuert werden und die Arbeitslosigkeit statistisch reduziert werden. Die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe sind ein Raubzug der Unternehmer auf die von den Lohnabhängigen erwirtschafteten Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Und obendrauf führen sie zu weiteren Defiziten in den Renten- und Krankenkassen. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass die geplanten Absenkungen der Leistungen für Arbeitslose bei den Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen zu Beitragsausfällen von bis zu fünf Milliarden Euro führen werden. Die ab 1. 4. 2003 prognostizierte Welle der Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen in abgabenreduzierte 400-Euro-Jobs wird weitere Löcher in die Renten- und Krankenkassen reißen. Und neue Defizite werden dann wieder für drastische Leistungskürzungen herhalten. Dieser Teufelskreis geht schon seit Jahren so und hört nicht auf, wenn wir ihn nicht durch Kampfmaßnahmen stoppen.

Werkes in Berlin-Marielfeld wollen die Daimler-Bosse aber 50 Millionen der 200 Millionen Euro Investitionskosten als Subvention aus Steuergeldern.

- 365.000 Deutsche haben ein Vermögen von über eine Million Euro. Die zehn Reichsten Deutschen besitzen ein Vermögen von 92,5 Milliarden Euro. Das ist in etwa das gesamte Bruttosozialprodukt von Irland. Das Gesamtvermögen der hundert Reichsten beträgt 250 Milliarden Euro. Das ist ungefähr soviel wie der gesamte Bundeshaushalt für 2003.

- Die Reichen werden immer schneller reicher. Im Durchschnitt vermehrt sich ihr Reichtum jährlich um acht Prozent. Das heißt ihr Vermögen verdoppelt sich innerhalb von zehn Jahren. (Quelle „World Wealth Report“). Die Aldi-Brüder konnten zum Beispiel ihr Vermögen im Jahr 2002 von 27 Milliarden auf 28 Milliarden steigern, der Metro-Gründer Beisheim von 3,7 Milliarden auf 4,3 Milliarden Euro. (Quelle ver.di publik 4/2003)

- Nach Berechnungen von ver.di belaufen sich allein die durch die Unternehmenssteuerreform bedingten Steuerausfälle in 2001 und 2002 auf zusammen 30 Milliarden Euro. Dazu kommen seit 1997 zusammen mindestens 50 Milliarden Euro durch den Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer. Allein der Familie Quandt mit einem Vermögen von 6,5 Milliarden Euro werden durch den Erlass der Vermögenssteuer 34 Millionen im Jahr geschenkt.

- Vom gesamten Steueraufkommen stammen noch 15 Prozent aus Gewinn- und Kapitalsteuern. 75 Prozent aus Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer und andere indirekte Steuern). Die Finanzämter nehmen inzwischen mehr über die Tabaksteuer als über die Unternehmenssteuern ein.

- Eine einprozentige Abgabe auf Privatvermögen von über 500.000 Euro würde 16 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen bringen.

## Steuergelder für Aufrüstung und Krieg verprassen

● Die rot-grüne Regierung hat 213 Aufrüstungsprojekte für die Bundeswehr beschlossen und verpulvert dafür bis zum Jahr 2015 mindestens 110 Milliarden Euro.

● Die Kosten für die Auslandseinsätze wurden für 2003 auf 2,3 Milliarden Euro veranschlagt.

## Den Lohnabhängigen und Arbeitslosen nehmen

### Ab Januar 2003 gilt:

● Erhöhung des Rentenbeitrags von 19,1 auf 19,3 Prozent

● Erhöhung der Krankenkassenbeiträge von durchschnittlich 14 auf 14,7 Prozent

● Höhere Mehrwertsteuer für Zahnersatz und Flugreisen

● Mindestens drei Cent mehr für den Liter Benzin wegen der Erhöhung der Ökosteuern

● Ein Cent mehr pro Zigarette wegen der Erhöhung der Tabaksteuer

● 23 Cent mehr pro Kilowattstunde Erdgas wegen der Erhöhung der Erdgassteuer

● 0,3 Cent mehr pro Kilowatt Strom wegen Erhöhung der Ökosteuern

● Das **Sterbegeld** wurde von 1.050 auf 525 Euro halbiert

● Seit Januar wird bei Empfängern von **Arbeitslosenhilfe** das anzurechnende Einkommen des Partners bereits ab 482,33 Euro (= 80 Prozent des steuerlichen Existenzminimums) verrechnet.

● Unter 55jährige Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten seit Januar 2003 keinen Cent mehr vom Arbeitsamt wenn sie mehr als 200 Euro pro Lebensjahr auf der hohen Kante haben.

● Seit 1. 1. 2003 gibt es bei den Arbeitsämtern sogenannte **Personalservice-Agenturen (PSA)**. Das sind Leihfirmen mit denen Arbeitslose zu Billiglöhnen per Arbeitszwang zu jeder Drecksarbeit herangezogen werden sollen.

## Zu hohe Löhne als Beschäftigungshemmnis?

Obwohl die Reallöhne seit Jahren sinken, geht die Propaganda von den angeblich zu hohen Löhnen weiter. Damit soll von der Krise des Kapitalismus abgelenkt werden. Es soll verschleiert werden, dass der Anteil der gesamten Lohnkosten (einschließlich Lohnnebenkosten) am Produktionsergebnis ständig sinkt. Der Anteil den die abhängig Beschäftigten in Form von Löhnen oder Sozialleistungen am gestiegenen gesellschaftlichen Reichtum bekommen ist so niedrig wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Die Lohnquote ist von 1980 auf 2001 von 74,5 auf 65,2 Prozent gesunken und hat einen historischen Tiefstand erreicht. Die Produktivität ist seit der Krise 1993 um 40 bis 50 Prozent gestiegen. Im Jahr 2001 durchbrach das Bruttosozialprodukt die Marke von 2.000 Milliarden Euro. Das war eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung von mehr als 50.000 Euro pro erwerbstätigen Voll- und Teilzeitbeschäftigten im Jahr oder mehr als 4.000 Euro pro Beschäftigten im Monat. Trotz steigendem Bruttosozialprodukt und trotz steigender Produktivität und immer höherem Arbeitsdruck bekommen diejenigen, die den ganzen Reichtum erarbeiten immer weniger. Bei den Unternehmern und Banken bleibt immer mehr hängen. Nach Berechnungen von Michael Schlecht, Wirtschaftswissenschaftler beim ver.di-Bundesvorstand wären die Tarifeinkommen heute um 17 Prozent höher, wenn die Aufteilung des in den letzten

**„Der Bundeserwerbslosenausschuss von ver.di hat die Hartz-Pläne einstimmig abgelehnt. Bsirske und Co. haben das ignoriert. Ver.di ist mit 2,7 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft der Welt. Mit 200.000 arbeitslosen Mitgliedern ist sie auch die größte Erwerbslosenorganisation. Höchste Zeit diese Kraft gegen den Raub an unseren Sozialleistungen ins Feld zu führen.“**

Klaus Hauswirth, Landeserwerbslosenvorstand ver.di Hamburg

20 Jahren neu erarbeiteten Reichtums gleich geblieben wäre und nicht zugunsten der Unternehmer verschoben worden wäre.

Die Löhne sind nicht verantwortlich für Rezession und Arbeitslosigkeit. Wenn das so wäre, warum ist dann die Arbeitslosenquote im „Niedriglohnssektor Ostdeutschland“ doppelt so hoch wie im Westen, obwohl die Arbeitseinkommen durchschnittlich nur 63 Prozent des Westniveaus betragen? Verantwortlich für die Rezession sind einzig und allein die Unternehmer und ihr Profitsystem. Rezession bedeutet Investitionsstreik der Unternehmer. Sie investieren die von uns erarbeiteten Gewinne nicht mehr, weil sie nicht mehr genug Profit machen. Gesellschaftlicher

**BMW verkündete am Tag der Regierungserklärung einen Rekordgewinn von 3,3 Milliarden Euro. Weil Konzerne wie BMW keine Steuern bezahlen ist die Stadt München pleite. Aber BMW-Chef Helmut Panke besitzt als Reaktion auf die Schröder-Rede die Frechheit eine noch höhere Senkung der Beitrags- und Abgabenlast zu fordern.**

Bedarf an Wohnungen, Schulen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen interessiert sie nicht. Würden die 7,5 Millionen Arbeitssuchenden beschäftigt, könnte das Bruttosozialprodukt um 375 Milliarden Euro erhöht werden, das Wirtschaftswachstum sinnvoll um 19 Prozent gesteigert werden. Dieser gesellschaftliche Reichtum könnte zum Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, des Gesundheitswesens, von Bildung, Umweltschutz, öffentlichem Nahverkehr und zur Finanzierung von Arbeitszeitverkürzung eingesetzt werden. Nicht die Löhne machen die Wirtschaft kaputt, sondern die kapitalistische Wirtschaft macht uns kaputt.

## Propagandatricks Lohnnebenkosten

Neben den Löhnen selbst sind angeblich die zu hohen Lohnnebenkosten beschäftigungsschädlich. Von 80% Lohnnebenkosten ist hier die Rede. Diese 80 Prozent-Rechnung des Statistischen Bundesamtes und ähnliche Zahlen von Unternehmern oder Branchen zeigt die ganze arbeiterfeindliche Ideologie des Kapitalismus. Als Lohnnebenkosten gelten hier nämlich nicht nur die Sozialversicherungsbeiträge, sondern ganz normale Lohnbestandteile wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Überstundenzuschläge, 13. Monatsgehalt, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und für Feiertage. Diese Lohnbestandteile gehören aus Sicht der Unternehmer und des Statistischen Bundesamtes nicht zum „Entgelt für geleistete Arbeitszeit“. Sie sind quasi eine Art zusätzlicher Bonus, der jetzt abgeschafft werden muss. Sie machen ungefähr die Hälfte dieser sogenannten Lohnnebenkosten aus. Bleiben also nur noch 40 Prozent für die Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen, betriebliche Altersversorgung und sonstige Sozialleistungen übrig. Nach Angaben von Claus Schäfer von der Hans-Böckler-Stiftung sind selbst diese 40 Prozent „nicht repräsentativ für Deutschland, weil in der Erhebung durch das Statistische Bundesamt alle Betriebe unter 10 Beschäftigten sowie ein Großteil der Dienstleistungen ausgenommen sind – und dort dürften insbesondere die freiwilligen Sozialleistungen deutlich niedriger als etwa in der erfassten Industrie liegen.“ Selbst wenn man nur den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung betrachtet, dann zahlt diesen der Unternehmer keineswegs aus seiner privaten Schatulle. Denn alles wird aus der Wertschöpfung des Unternehmens finanziert, die niemand anders erarbeitet als die Arbeitnehmer. Es geht also bei den Nebenkosten ebenso wie beim Lohn darum: wieviel holen wir uns von dem zurück, was wir ohnehin erarbeiten. Und da eine Arbeitskraft nicht nur



Geld zum (Über)Leben braucht, sondern auch mal krank ist, alt wird und – in diesem System – arbeitslos werden kann, gehören die Aufwendungen für soziale Vorsorge mit zu den Kosten der Beschäftigung einer Arbeitskraft. Und deshalb dürfen wir uns sie nicht wegnehmen lassen oder zulassen, dass sich die Unternehmer auf Kosten unserer sozialen Absicherung ihre Profite erhöhen.

### Schluss mit Leistungskürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen

Obwohl die Versicherten inzwischen durch Leistungskürzungen und Zuzahlungen bereits Zwei Drittel der Gesundheitskosten selber finanzieren und die paritätische Finanzierung de facto hier längst beseitigt wurde, wollen die Unternehmer weitere massive Entlastungen bei ihren Beiträgen. Weitere Leistungen sollen aus dem Katalog der Krankenkassen gestrichen werden. Die Patienten sollen selbst dafür bezahlen. Für Arztbesuche sollen Gebühren eingeführt werden. Gleichzeitig sollen durch Privatisierungen im Gesundheitswesen vermehrt Profite gezogen werden. Die geplante Privatversicherung des Krankengeldes bedeutet, dass die Kassenspatienten die jährlichen sieben Milliarden Euro Krankengeldzahlungen durch eine private Krankenversicherung absichern müssen. Der weitere Rückzug der Unternehmer aus der Finanzierung der Gesundheitsversorgung ist

**„30 bis 40 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung gezahlt, dann ohne eigenes Verschulden entlassen – und nach 18 Monaten im Schnitt noch 590 Euro. Solche „Arbeitnehmerkarrieren“ drohen künftig normal zu werden, wenn die Regierung ihre Pläne umsetzt“**

direkt – Infodienst der IG Metall, 16.4.2003

absolut zynisch. Denn es sind die von ihnen geschaffenen krankmachenden Arbeits- und gesellschaftlichen Verhältnisse, die vor allem krank machen. Allein die Gesundheitsstörungen, die teilweise oder ganz auf die Arbeitsverhältnisse zurückzuführen sind, beziffert die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für das Jahr 1998 auf mindestens 28,4 Milliarden Euro.

### Nein zur Auf- und Umrüstung der Bundeswehr

Unter der Schröder-Regierung hat die Bundeswehr 1999 erstmals in der Nachkriegsgeschichte in Jugoslawien vollbesetzte Personenzüge bombardiert, Fabriken und Infrastruktur zerschossen und das Land mit tödlicher Uranmunition verseucht. 10.000 Bundeswehrsoldaten sind heute weltweit im Einsatz, um die 1992 neu festgelegten verteidigungspolitischen Richtlinien umzusetzen. Nach diesen Richtlinien hat die Bundeswehr das Ziel der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ für deutsche Konzerne. Die Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit agierende Interventionsarmee ist in vollem Gang. Aufrüstung ist Kriegsvorbereitung. Dafür werden Unsummen an Steuergeldern verschwendet. Die rot-grüne Regierung hat 213 Aufrüstungsprojekte für die Bundeswehr beschlossen und verpulvert dafür bis zum Jahr 2015 mindestens 110 Milliarden Euro. Die Kosten für die Auslandseinsätze werden für 2003 auf 2,3 Milliarden Euro veranschlagt. Einen Tag nachdem Schröder in seiner Regierungserklärung massiven Sozialabbau verkündete, erklärte Bundeskriegsminister Struck, dass die Bundeswehr zu einer hochmodernen Armee aufgerüstet werden solle, die die gleichen Einsätze bestreiten könne, wie die US-Armee. Er erklärte, dass der „Soldat der Zukunft“ über einen Laptop mit seinen Vorgesetzten und allen entscheidenden Stellen verbunden sein werde. Für diese Verbesserung der Infrastruktur und Kommunikation sollen in den nächsten Jahren sage und schreibe sechs Milliarden Euro verpulvert werden. In den Schulen und Universitäten gibt es gleichzeitig kein Geld für ausreichend Bücher, geschweige denn Computer.

- Arbeitslose, die sich über die sogenannten **Ich-Ags** selbständig machen, bekommen vom Arbeitsamt einen Zuschuss von maximal 14.400 Euro. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte rund 20.000 Ich-Ags angepeilt. Laut Spiegel haben sich seit Jahresbeginn gerade mal 1.630 Arbeitslose als Ich-AG angemeldet.

- Seit 1. 4. 2003 gelten neue Regelungen für **geringfügige Beschäftigung**. Sie werden noch unternehmerfreundlicher als die früheren 630-Mark Jobs. Die Verdienstgrenze wird auf 400 Euro angehoben. Die Arbeitgeber entrichten nur eine Pauschalabgabe von 25 Prozent (12 Prozent für Rentenversicherung, 11 Prozent für Krankenversicherung und zwei Prozent für Steuern). Bei Jobs in Privathaushalten wie Putzen, Kochen, Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen zahlen die Arbeitgeber nur eine Pauschale von 12 Prozent und sie können die Lohnkosten wie Parteispenden direkt von der Steuer absetzen. Dieses „Dienstmädchenprivileg“ ist ein weiteres Steuergeschenk für die Reichen. Für den Arbeitnehmer bleibt der Job steuer- und sozialversicherungsfrei auch wenn er als Zweitjob ausgeübt wird. Den Vorteil haben aber die Arbeitgeber, die mit dem Verweis auf Abgabefreiheit die Löhne drücken. Der Arbeitnehmer hat bei den 400-Euro-Jobs aber keine Ansprüche an die Kranken- und Rentenversicherung. Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung ist ein Programm für die Unternehmer und reichen Privathaushalte zur Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in prekäre Beschäftigung beziehungsweise zur Beschäftigung von billigen Dienstmädchen und zum Steuern sparen.

- Zusätzlich gibt es seit 1. 4. 2003 **Minijobs zwischen 400,01 und 800 Euro**. Die Arbeitgeber bezahlen 21 Prozent Sozialversicherungsbeiträge. Für die Arbeitnehmerbeiträge steigt der Beitrag von vier Prozent bei 400,01 progressiv bis 21 Prozent bei einem Lohn von 800 Euro. Im Unterschied zu den 400-

Euro-Jobs ist der Arbeitnehmer dadurch krankenversichert. Den Nutzen davon haben ebenfalls die Unternehmer, die dadurch die Löhne drücken können und normale Arbeitsverhältnisse in Niedriglohnjobs verwandeln können. Durch die 400-Euro-Jobs und die Niedriglohnjobs bis 800 Euro soll der Niedriglohnsektor enorm ausgeweitet und Arbeitslose gezwungen werden solche Jobs anzunehmen.

- Ab Juni 2003 dürfen Läden am Samstag vier Stunden länger (bis 20 Uhr) öffnen und die mehr als zwei Millionen Beschäftigten im Einzelhandel entsprechend länger arbeiten. Dafür hat der Bundestag am 13. 3. das **Ladenschlussgesetz** entsprechend geändert.

### Und das hat Schröder in seiner Regierungserklärung weiter angekündigt...

- Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld soll künftig bei unter 55jährigen auf 12 Monate und bei über 55jährigen auf 18 Monate beschränkt werden

- Die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft. Nach 18 beziehungsweise 12 Monate Arbeitslosengeld gibt es das **Arbeitslosengeld II**, das ist Sozialhilfeniveau. „Ein Single, der bisher zum Beispiel 1.095 Euro Arbeitslosengeld bekam, rutscht dann sofort auf etwa 586 Euro.“ (direkt – Infodienst der IG Metall, 16. 4. 2003)

- Und Schröders Programm gegen die Lehrstellenmisere: Appell an die Unternehmer ihre Ausbildungszusage einzuhalten, Abbau von „Bürokratie“ (in Wirklichkeit Durchlöcherung des Jugendarbeitsschutzes) und „jeder, der einen Betrieb mindestens fünf Jahre erfolgreich geführt hat, darf auch ausbilden“.

- Die Krankenkassenbeiträge sollen sinken. Das entlastet aber nur die Unternehmer. Denn für die Arbeitnehmer wird das Krankengeld als Kassenleistung ab der sechsten Woche Krankheit abgeschafft. Das ist eine Leistungskürzung von circa 7,5 Milliarden Euro im Jahr. Dafür sollen die abhängig Beschäftigten eine private

### Gewerkschaften in die Offensive gegen Sozialabbau und Niedriglöhne

Mit dem von Schröder verkündeten sozialen Kahlschlag beweist die SPD erneut, dass sie zur Unternehmerpartei geworden ist. Mit ihrer unternehmerfreundlichen Politik ist die SPD geradezu Wegbereiter dafür, dass die Unternehmer sowie CSU/CDU/FDP noch dreistere Forderungen in Sachen Umverteilung von unten nach oben stellen. Nachdem die arbeitende Bevölkerung keine politische Interessenvertretung mehr hat, sind die Gewerkschaften ihre einzig übrig gebliebene Organisationen. Sie müssen aber endlich ihr Gewicht und ihre Kampfkraft in die Waagschale werfen, um den Zug des Neoliberalismus zu stoppen.

Zu lange ist die Gewerkschaftsführung dem Rechtskurs der SPD-Spitze gefolgt. Zu lange hat sie die Politik des Neoliberalismus kampflos akzeptiert oder sogar wie im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ oder den Hartz-Plänen mitbetrieben. Das Motto des DGB für den 1. Mai dieses Jahr lautet „menschlich modernisieren, gerecht gestalten“. Wir lehnen dieses Motto ab, weil es eine ideologische Kapitulation vor dem Neoliberalismus ist. Der mit den niedrigen Tarifabschlüssen verfolgte Lohnverzicht hat die Arbeitslosigkeit nicht reduziert, sondern erhöht. Lohnverzicht hat auch mit dazu geführt, dass die Defizite in den Renten- und Krankenkassen stark angestiegen sind. Hätten die Gewerkschaften im Jahr 2002 die Kampfbereitschaft genutzt und sechs Prozent Lohnerhöhung durchgesetzt, wären dadurch auch 7,5 Milliarden Euro in die gesetzlichen Krankenkassen geflossen. Dadurch wäre auf einen Schlag das Defizit beseitigt worden und noch 5,5 Milliarden übrig geblieben für die Kliniken und für die Rückgängigmachung von Leistungseinschränkungen und Zuzahlungen. Ähnliches gilt für die Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Dadurch dass die Gewerkschaftsführung bewährte gewerkschaftliche Grundsätze über Bord geworfen hat, kampflos Errungenschaften aufgegeben hat und auf allen Ebenen Co-Management betrieben hat und immer noch betreibt, kam es nicht nur zu einem enormen sozialen Rückschritt, sondern auch zu einem enormen Verlust an Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften. Obwohl Gewerkschaftsgliederungen aus allen Einzelgewerkschaften Sturm laufen gegen die Hartz-Pläne und Kampfmaßnahmen einfördern, beteiligt sich die Gewerkschaftsführung weiter an der Umsetzung der Hartz-Pläne. Mit der Zustimmung zu Dumpingtariflöhnen für Leiharbeit sanktioniert die Gewerkschaftsführung die Einrichtung der Personalservice-Agenturen, die Ausweitung von Leiharbeit und damit die Ausweitung eines Niedriglohnsektors und die Spaltung der Beschäftigten.

Austritte aus der Gewerkschaft, Passivität, Demoralisierung und Zynismus an der Gewerkschaftsbasis sind die Folgen dieser Politik. Gewerkschaftsmitglieder haben absolut recht, wenn sie sagen, dass sie zum Verzicht keine Gewerkschaft brauchen.

Wenn die Gewerkschaften nicht ihre ganze Kampfkraft einsetzen, um den von Schröder angekündigten sozialen Kahlschlag abzuwehren, geht ein weiterer beachtlicher



Österreich im Mai 2003:  
*Gegen den Renten- und Bildungsklaus durch die schwarz-blaue Regierung organisieren die Gewerkschaften endlich Streiks*

Teil, wenn nicht sogar der Rest an Glaubwürdigkeit verloren. Wenn die Gewerkschaften durch einen Dammbruch bei den Löhnen entscheidend in ihrer Rolle als kollektiver Verkäufer der Ware Arbeitskraft geschwächt werden und der Einzelne gezwungen wird seine Arbeitskraft zu jedem noch so niedrigen Preis anzubieten, dann erleiden die Gewerkschaften den Verlust ihrer wichtigsten Funktion. Diese historische Dimension der gegenwärtigen Auseinandersetzung muss innerhalb der Gewerkschaften erkannt und daraus die notwendigen Kampfsschritte abgeleitet werden. Unterschriftensammlungen, Briefe an Abgeordnete und Appelle an die Bundesregierung sind völlig untaugliche Mittel für diese historische Auseinandersetzung. Wir brauchen keine Dampfablass- oder Alibi-Veranstaltungen. Es geht auch nicht darum, den Plänen der Bundesregierung einige Giftzähne zu ziehen. Die Pläne der Schröder-Regierung stehen von ihrem Grundsatz her in diametralen Gegensatz zu den Interessen aller Beschäftigten und Erwerbslosen und müssen deshalb grundsätzlich und vollständig abgelehnt werden. Nötig ist effektive Gegenwehr bis hin zu einem eintägigen Generalstreik. Die Gewerkschaften dürfen auch nicht zulassen, dass die geplanten Änderungen im Schatten des Irak-Krieges im Dunkeln bleiben bzw. wegen der Bewegung gegen den Irak-Krieg auf Gegenwehr gegen Sozialabbau verzichtet wird. Die Gewerkschaften haben vielmehr die Aufgabe die Forderung nach Einstellung deutscher Kriegsunterstützung und nach Verzicht der Aufrüstungs- und Umrüstungspläne der Bundeswehr mit dem Kampf gegen Sozialabbau zu verbinden. In Anbetracht des beabsichtigten schnellen Durchpeitschens der Regierungspläne darf keine Zeit verloren werden.

Ein entschlossener Kampf gegen den roten Sozial-Kahlschlag ist auch das beste Mittel gegen die gewerkschaftsfeindliche Hetze von CSU/CDU/FDP.

## Wir fordern:

- **Rücknahme aller Kürzungen von Kohl und Schröder**
- **Arbeit, Bildung und soziale Absicherung statt Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr**
- **Staatliche Daseinsfürsorge statt Privatisierung und Profitmacherei im Sozial- und Gesundheitswesen**
- **30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung**
- **Reduzierung des Renteneintrittsalters auf 58 Jahre bei voller Rente statt Lebensarbeitszeitverlängerung**
- **Für eine soziale Mindestsicherung (Arbeitslosengeld, Rente, Sozialhilfe) von 1.000 Euro statt Kürzung von Arbeitslosenunterstützung und Rente**
- **Für einen Mindestlohn von 2.000 Euro für einen Vollzeitjob bzw. 12 Euro Bruttostundenlohn statt Hungerlöhne**
- **Stop aller Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte an die Banken statt privaten Reichtum und öffentliche Armut**
- **Radikale einseitige Abrüstung statt Auf- und Umrüstung der Bundeswehr.**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Mindestens 1% auf alle Vermögen über 500.000 Euro. Bringt mindestens 16 Milliarden Euro.**
- **Wiedereinführung von Gewinnsteuern auf das Niveau von 1980. Bringt weit über 50 Milliarden Euro im Jahr.**
- **Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales, Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Kanalisation und Umwelt von mindestens 40 Milliarden Euro, finanziert über die Gewinne der Konzerne und Banken.**

### **Als notwendige Kampfmaßnahmen gegen Schröders Sozialabbau und Lohndrückerei, gegen Kriegsunterstützung und Aufrüstung sind sofort folgende Kampfschritte einzuleiten:**

- **eine bundesweite Großdemonstration aller DGB-Gewerkschaften**
- **ein eintägiger Generalstreik**
- **ver.di muss mit den Beschäftigten in den Arbeits- und Sozialämtern eine Kampfstrategie zur Verweigerung der Umsetzung der Hartz-Pläne und aller Schikanen gegen Arbeitslose und Beschäftigte bei den Arbeits- und Sozialämtern entwickeln**
- **Keine Unterschrift unter den mit Leiharbeitsfirmen ausgehandelten Billig-Tarifvertrag. Kündigung sämtlicher Verträge mit Zeit- und Leiharbeitsfirmen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Gewerkschaftlicher Kampf gegen Leih- und Zeitarbeit.**
- **Gewerkschaftsvertreter raus aus der Rürup- und allen anderen Kommissionen zum Abbau unserer sozialen Errungenschaften und erkämpften Recht. Keine weitere Zusammenarbeit mit der rot-grünen Regierung. Keine weitere Unterstützung für die SPD von Seiten der Gewerkschaften.**

Voraussetzung für einen entschiedenen Kampf gegen die rot-grüne Politik ist, dass die Gewerkschaften mit der SPD und deren neoliberaler Ideologie und Politik brechen. Die Gewerkschaften müssen sich der Tatsache stellen, dass die Arbeitnehmer keine politische Interessenvertretung mehr haben und dass eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden muss. Die Diskussion über die Strategie zum Aufbau einer solchen Partei muss innerhalb der Gewerkschaften auf die Tagesordnung gesetzt werden. Damit verbunden werden muss die Diskussion nach einer Alternative zur kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Diktatur der Banken und Konzerne muss beendet werden. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung produziert wird. Die arbeitende Bevölkerung produziert den ganzen wirtschaftlichen Reichtum. Sie muss auch über die Verteilung und über Investitionen entscheiden.

Krankengeldversicherung abschließen. Damit fällt auch hier das Solidaritätsprinzip. Ältere und kranke Beschäftigte müssen bei Privatversicherungen dafür enorme Summen hinblättern. Für die Versicherungskonzerne entsteht eine neue Profitquelle. Bei den gesetzlichen Krankenkassen werden Arbeitsplätze vernichtet.

- Das 15-Milliarden-Investitionsprogramm für die durch die Steuersenkungen ausgebluteten Kommunen ist eine Farce. Es ist ein zinsverbilligtes Kreditprogramm. Aber die Kommunen brauchen höhere Einnahmen und nicht mehr Kredite. Die Gesamtverschuldung der Kommunen wird in diesem Jahr die 100 Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Die meisten Städte und Gemeinden dürfen laut bestehender Gesetze gar keine weiteren Schulden machen. Und das Deutsche Institut für Urbanistik hat den Investitionsbedarf der deutschen Städte bis zum Jahr 2009 auf 690 Milliarden Euro veranschlagt.

- Der Kündigungsschutz soll aufgeweicht werden. Kleinbetriebe bis fünf Beschäftigte sollen künftig in unbegrenzter Zahl befristete Stellen schaffen können, ohne dass dadurch der Kündigungsschutz greift.

- Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie besondere Härten (Schwerbehindert, Alleinerziehend) sollen bei betriebsbedingten Kündigungen kein Schutzkriterium mehr sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen künftig bei Personalabbau selber Kriterien für die Auswahl bei Kündigungen festlegen dürfen, sprich Betriebsräte und Belegschaften sollen auch in dieser Frage schutzlos der Unternehmerwillkür ausgeliefert werden.

### **Das hat die Schröder-Regierung nicht angekündigt, aber bereits beschlossen:**

- Laut Kabinettsbeschluss von Anfang April sollen „Industrieunternehmen mit hohen Energiekosten“ finanziell entlastet werden, indem ihnen Abgaben aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz erlassen werden.

## Der Horrorkatalog der Rürup-Kommission:

- Krankengeld soll privat versichert werden (7,5 Milliarden Euro)
- Für Arztbesuche soll ein Eintrittsgeld von 15 Euro bezahlt werden (2 Milliarden Euro)
- Zuzahlungen für Medikamente sollen drastisch erhöht werden (6 Milliarden)
- Zuzahlungen beim Zahnersatz sollen rapide steigen (2,5 Milliarden Euro)
- Leistungen über 4,5 Milliarden Euro (Sterbegeld, Leistungen für Schwanger- und Mutterschaft, Schwangerschaftsabbrüche...) sollen künftig aus Steuergeldern statt von den Krankenkassen finanziert werden
- Die Beihilferegulungen für Beamte sollen wegfallen. Sie müssen sich weiter privat versichern und sollen nur noch einen Zuschuss zu ihrer Krankenversicherung bekommen.

● Die Preisbindung für Nachahmer-Medikamente (Generika) soll fallen. Davon verspricht sich die Rürup-Kommission ein Entlastung von 2 Milliarden für die Krankenkassen.

## Weiter diskutieren die Bundesregierung und ihre sogenannten Experten

- Reduzierung der jährlichen Rentenanpassung
- Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für RentnerInnen
- Besteuerung der Renten
- Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre
- „Ausbildungszeit-Wertpapier“. Wer ausgebildet werden will, soll zahlen beziehungsweise seine Eltern oder Großeltern sollen mit Spenden eine Stiftung finanzieren, die irgendwelche Ausbildungsplätze finanziert. Damit würde der Anspruch an die Unternehmer Lehrstellen zu schaffen und zu finanzieren, endgültig aufgegeben und Verhältnisse wie vor 100 Jahren geschaffen.
- Kürzung der Ausbildungsvergütungen

**Fast jeden Tag wird die Liste der Grausamkeiten durch neue Vorschläge verlängert.**  
**8**

## Niedriglöhne für LeiharbeiterInnen



*Gut für's Geschäft – schlecht für die Beschäftigten... Foto: Arbeiterfotografie*

Die Gewerkschaftsspitze hat über die Köpfe der Erwerbslosen und die Gewerkschaftsmitglieder hinweg und gegen den Protest vieler Gewerkschaftsgliederungen Ende Februar 2003 mit Leiharbeitsfirmen einen Tarifvertrag ausgehandelt. Ende Mai soll ein detaillierter Tarifvertrag unterschrieben werden. Der Tarifvertrag sieht einen Mindestlohn von 6,85 Euro vor. Das entspricht einem Monatsnettolohn von 791,64 Euro, d.h. ein Absinken auf Sozialhilfeniveau. Durch die vereinbarte Öffnungsklausel kann dieser Stundenlohn für die ersten 6 Monate der Beschäftigung sogar noch unterschritten werden. Der Regelstundensatz für ungelernete und angelemte Arbeiter soll 8,40 Euro und für Facharbeiter 10,60 Euro sein. Gleichzeitig soll die Arbeitszeit völlig flexibilisiert, sprich den Anforderungen des Entleihbetriebs unterworfen werden. Mit diesem Tarifvertrag sanktionieren die Gewerk-

schaften Leiharbeit und Hungerlöhne. Der Tarifvertrag ist ein eklatanter Verstoß gegen den gewerkschaftlichen Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Der Abschluss eines solchen Tarifvertrags stellt die Beschäftigten in den Leihfirmen bewusst schlechter als die neue gesetzliche Regelung. Das Gesetz sieht vor, dass Entleihfirmen für LeiharbeiterInnen die gleichen Löhne zahlen müssen wie für Stamm-Mitarbeiter, es sei denn es gibt eine andere tarifliche Regelung. Wenn Gewerkschaftsführer in einer solchen Situation Lohndumping durch Leiharbeit unterschreiben und sie auch noch als „Meilenstein in der Geschichte der Tarifpolitik“ (2. Vorsitzender der IGM Jürgen Peters) feiern, dann beweisen sie damit wieder einmal, dass sie die Profitinteressen der Unternehmer aber nicht die Lebensinteressen der Arbeitslosen und abhängig Beschäftigten vertreten.

## Kölner Netzwerkgruppe aktiv gegen PSA

Die Kölner Netzwerkgruppe organisierte Anfang April eine kleine Aktion gegen Personal-Service-Agenturen und Leiharbeit.

Anlass: die Stadt Köln organisierte eine Veranstaltung für Leiharbeitsfirmen, die zwei Tage lang ihre Angebote in einem zentralgelegenen Messezelt anbieten konnten („Kölner Markttag“). Wir verteilten Flugis und hatten einen kleinen Stand. Aber schienen damit in ein Wespennest gestochen zu haben, denn die Sicherheitsbeauftragten der Leiharbeitsfirmen wurden sichtlich nervös. Telefonierten wild, fingen an uns zu fotografieren, holten Polizei und Bahnsicherheitsdienstleute – es kam zu Handgemeine, weil sie uns auch versuchten körperlich anzugehen. Auch die Besitzer der Leiharbeitsfirmen suchten mit uns das Gespräch: eine aufgetakelte Besitzerin meinte (unter großem

Gelächter) auf den Vorwurf, dass sie mit Arbeitslosen Profite machen, dass sie schließlich auch von etwas leben müsse.

Letztlich gewannen wir und verteidigten unseren Stand! Wir hatten eine ganze Menge sehr guter Gespräche und die Passanten konnten sich ein wirklichkeitstreues Bild ihrer zukünftigen Arbeitgeber machen...

Die Aktion war klein und mit wenig Aufwand gemacht, aber sehr wirkungsvoll. Wir können Euch nur empfehlen ähnlich Aktionen zu machen, denn diese Art von „Markttag“ soll jetzt in mehreren Städten stattfinden und soll Leiharbeit salonfähig machen.

Das lay outete Flugblatt zu der Aktion kann von unserer homepage abgerufen.

Angela Münch

# Bericht vom 14. bundesweiten Netzwerktreffen

Dem Anpassungskurs der Gewerkschaftsspitze entgegenwirken. Darin sehen die 41 TeilnehmerInnen des Netzwerktreffens am 10. 5. in Kassel weiterhin die zentrale Aufgabe der innergewerkschaftlichen Opposition. Einigkeit herrschte auch in der Kritik an den führenden Funktionären, beispielsweise was deren Rolle in der letztjährigen Tarifrunde betrifft. Mit einem Ergebnis von deutlich unter zwei Prozent ist ver.di weit unter den Möglichkeiten geblieben, so Angela Muench.

Sorgen machen sich die Aktivisten vor allem aber über die „weitergehende Zersetzung des Flächentarifvertrags“ infolge von Tariffucht und der von ver.di mitgetragenen tariflichen Differenzierungen. Im Tarifvertrag wurde eine sogenannte „Prozessvereinbarung“ abgeschlossen. Über sie wird derzeit hinter den Kulissen verhandelt. Dieter Janssen aus Stuttgart erklärte dazu, dass das Ziel die Absenkung und Differenzierung der Gehälter sei. „Durch dieses ständige Nachgeben werden die Arbeitgeber nur noch frecher“, kritisierte er. Als aktuelle Beispiele dafür wurden die Angriffe auf die Beamten, die Tariffucht in Berlin und jetzt Baden Württemberg erwähnt. Und die Bundesregierung nutzt die Passivität der Gewerkschaften für ihre Hartz- und Rürup-Reformen und die Demontage des Gesundheitswesens.

Diese Situation sei „eine Nagelprobe für die Gewerkschaften“, so Lorenz Blume, Vertrauensmann an der Universität Kassel. „Letztlich geht es um die Abschaffung des Sozialstaats“, brachte es Angela Muench auf den Punkt. Angriffe solcher Dimension können nicht allein mit Demonstrationen zurückgeschlagen werden. „Die Gewerkschaftsführung versucht aber durch bewusste Verzettelung, den Widerstand kleinzuhalten“, meinte Stephanie Nitschke vom Klinikum Kassel. Die Antwort der oppositionellen Gewerkschafter: Ein 24stündiger Generalstreik. Einen Antrag mit dieser Forderung hatte bereits die ver.di-Bundesjugendkonferenz auf Initiative von Unterstützern des Netzwerks verabschiedet. Mit weiteren Anträgen, sowie mit Unterschriftenlisten und Flugblättern will das Netzwerk dafür weiter Druck machen. „Angesichts der Massenproteste in Frankreich und Italien, kam in Deutschland bereits Mitte der 90er Jahre die Forderung auf mit Unternehmern und Regierung französisch beziehungsweise italienisch zu reden. Angesichts der politischen Streiks in Österreich muss jetzt nur noch der Dialekt geändert werden“ so Angela Münch vom Netzwerk-Sprecherrat.

Zur Diskussion stand auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD. „Es wäre fatal, nun wieder auf die Kritiker innerhalb der Sozialdemokratie zu hoffen, die ohnehin wieder einknicken werden“, warnte Lorenz Blume. Statt dessen müsste endlich mit SPD und Grünen gebrochen und die Diskussion über die „Schaffung eines neuen politischen Sprachrohrs“ eröffnet werden. Wahlbündnisse oder alternative Kandidaturen können ein Anfang sein für eine neue Partei im Interesse der Arbeitnehmer. Netzwerkaktivisten wollen Schritte in diese Richtung unterstützen. In der Diskussion wurde aber auch darauf hingewiesen, dass der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit dem Ziel einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaft zum Profitsystem verbunden werden muss.

In den kommenden Monaten wird der Kampf gegen sozialen Kahlschlag der Schröder-Regierung und der erste ordentliche Bundeskongress von ver.di im Oktober die Arbeit des Netzwerks bestimmen. In der Einschätzung bei der ver.di-Gründung behielt das Netzwerk recht, es kam zu weiterer Bürokratisierung, Demokratieverlust und Demobilisierung. Die Anwesenden berieten im wesentlichen, wie eine Veranstaltung aufgezogen werden kann, die zeitgleich zum ver.di-Bundeskongress stattfinden soll. Dabei sollen vor allem aktive ver.di-Mitglieder von der Basis angesprochen werden. Eine Bilanz der ver.di-Politik aus ihrer Sicht soll stattfinden, sowie die Möglichkeit gegeben sein über Aktionen, Mobilisierung etc. sich auszutauschen. Wir einigten uns darauf am Samstag vor Kongressbeginn eine Veranstaltung zu organisieren, in der wir klar machen wollen, was unserer Sicht die Rolle von ver.di und der Gewerkschaften allgemein sein muss. Parallel zum ersten Kongresstag findet das nächste bundesweite Netzwerktreffen in Berlin statt. Aus Berlin anwesende KollegInnen wollen in den nächsten Monaten vor Ort eine Netzwerkgruppe gründen, nicht zuletzt um in Berlin für die Veranstaltungen im Oktober zu mobilisieren.

Erfreulicherweise konnte der Sprecherat des Netzwerks erweitert werden. Einstimmig wurden Jörn Kroppach aus Hamburg und Günter Hennes aus Köln zusätzlich in den Sprecherrat gewählt. Alois Skrbina, Angela Münch, Dieter Janssen, Detlef Kallinich wurden bestätigt.

**Angela Münch,  
Daniel Behruzi**

## Beschluss der ver.di-Bundesjugendkonferenz vom 27.4.2003

*Eingebracht von Vivien Mast aus Bremen und KollegInnen aus verschiedenen Bezirken*

**Mit Riester, Hartz, Rürup, der Agenda 2010 erleben wir zur Zeit die organisiertesten und konsequentesten Angriffe gegen ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, SchülerInnen und StudentInnen in der Geschichte der BRD.**

**Die ver.di Jugend sieht es deshalb als notwendig an, in Berufung auf §5 Abs. 4 der ver.di Satzung und §20 Abs. 4 GG alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, um die derzeitigen Angriffe der rot-grünen Regierung abzuwehren.**

**Deshalb sind so schnell wie möglich alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung eines zunächst eintägigen Generalstreiks einzuleiten und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die ver.di Jugend kämpft für dieses Ziel in der eigenen Organisation und in den anderen DGB Organisationen.**

### **Begründung:**

Hinter diesen verschiedenen Überschriften verbergen sich auch heftigste Angriffe gegen fundamentale gewerkschaftliche Rechte und Errungenschaften, so zum Beispiel die Aushöhlung des Flächentarifvertrags oder die Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Auch der internationale Vergleich zeigt, dass in fast allen Ländern der Welt, unabhängig von Farbe oder Namen der Regierung vergleichbare Angriffe stattfinden.

Zudem ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass Verhandlungsbereitschaft und Zugeständnisse der Gewerkschaften nichts gebracht haben. Sie haben im Gegenteil die Gewerkschaften in die Defensive gebracht und Unternehmen und Regierung zu weiteren Angriffen ermutigt.

Den Streik als mächtigstes Kampfmittel der Gewerkschaften in dieser Situation nicht anzuwenden, würde eine weitere Schwächung der eigenen Positionen bedeuten, weitere Angriffe auf die Grundrechte der Menschen wären absehbar.

**Anmerkung:** Im Text steht fälschlicherweise §5 Abs. 4 der ver.di-Satzung, es müsste heißen: Kapitel III, §5, Abs. 4 der ver.di Satzung.

# Massenstreiks haben Europa erfasst...

Die neoliberale Globalisierung führt weltweit zur gleichen Politik von Sozialabbau, Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung. Verlierer sind überall die Erwerbslosen und die arbeitende Bevölkerung. Doch in vielen Ländern rund um den Globus hat das neue Jahrhundert die Gewerkschaftsbewegung auf den Plan gerufen. Auch in Europa gab es in den letzten Jahren beeindruckende Massenbewegungen und Streiks.

## Italien

Am 23. März 2002 waren 3 Demonstrantinnen dem Aufruf der größten Gewerkschaft CGIL gefolgt und demonstrierten in Rom gegen die Abschaffung des Artikel 18, des Kündigungsschutzes der 1968 von den Gewerkschaften erkämpft wurde. Am 16.4. kam es deswegen zum größten Generalstreik seit 1982. 13 Millionen GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen und Jugendlichen (90% aller Beschäftigten) beteiligten sich daran. Die Berlusconi musste einen Rückzieher machen. Am 2.4. 2003 kam es erneut zu einem eintägigen Massenstreik, zu dem sieben Gewerkschaften aufgerufen hatten. Der Streik richtete sich in erster Linie gegen den Irak-Krieg, zog aber auch die Verbindung zum Sozialabbau. Eine Million Beschäftigter beteiligte sich am Streik. 300.000 nahmen in mehr als 30 Städten an Demonstrationen teil.

## Griechenland

Seit 1992 hat es in Griechenland 7 Generalstreiks gegen Verschlechterungen bei der Rente, gegen Lockerung des Kündigungsschutzes und Flexibilisierung der Arbeitszeit gegeben. Ein Generalstreik dauerte sogar 48 Stunden. Der Generalstreik am 17.5. 2001 war der größte Generalstreik seit 25 Jahren. An ihm beteiligten sich 2,5 Millionen Menschen. Griechenland hat eine Gesamtbevölkerung von 10 Millionen Menschen. Der letzte griechische Generalstreik am 18.6.2002 richtete sich gegen Verschlechterungen bei der Sozialversicherung. Die Seelente verlängerten den Streik auf 48 Stunden. Sie forderten massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Die Kapitulation der griechischen Regierung vor der Protestbewegung nährte in der EU Zweifel an der Reformbereitschaft in Griechenland“ (Harenberg „Aktuell 2002“).

## Spanien

Am 20. Juni 2002 beteiligten sich 10 Millionen Beschäftigte an einem Generalstreik gegen Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung und im Kündigungsschutz. Das Land war komplett lahmgelegt. In Madrid de-

monstrierten 500.000. Die Regierung zog darauf ihre Angriffspläne fast komplett zurück. Am 10.4. rief die UGT zu einem 2-stündigen nationalen und in Katalonien zu einem 24-stündigen Generalstreik gegen Krieg und Sozialabbau auf.

## Frankreich

Bereits im November und Dezember 1995 wurde Frankreich von einer 3 Wochen langen

## ...Deutschland muss aufholen

**„Während in Rom, Paris, London, Madrid und Washington Hunderttausende auf die Straße gehen und Millionen an großen Streiks beteiligt sind und die Gewerkschaften an vorderster Linie der Proteste stehen, machen in Deutschland die Gewerkschaften gute Miene zu einem bedauerlichen Spiel... Das muss sich ändern. Auch in Deutschland gehören die Gewerkschaften in die erste Reihe beim Widerstand gegen Kriegspläne, Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Lohnraubpolitik. Zusammen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, den Kritikern der kapitalistischen Globalisierung, der Erwerbslosenbewegung und der Umweltbewegung muss der unsozialen Politik der Berliner Republik ein Ende bereitet werden.“**

*Aus der Abschlusserklärung des 5. Bundeskongresses der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ vom 11./12. Oktober 2002 in Köln*

erfolgreichen Streikwelle gegen verschiedene Verschlechterungen erfasst. Dabei sind nur 10% der Arbeiter und Angestellten in Frankreich gewerkschaftlich organisiert. Der damalige Ausstand hatte vorübergehend generalstreiksähnliche Auswirkungen. Als die Regierung vor 2 Jahren die Rente mit 60 kippen wollte, kam es im Januar 2001 erneut zu Massenprotesten, die die Regierung Jospin zum Rückzug zwangen. Was Jospin bei der Rente nicht schaffte, will jetzt die konservative Regierung Raffarin durchsetzen. Damit hat sie erneut Massenproteste provoziert. Mehr als eine halbe Million Menschen folgten am 3. April 2003 einem Streikaufruf mehrerer Gewerkschaften. Das war der zweite Streik innerhalb von 2 Monaten. Am selben Tag legten die Fluglotsen, die sich in einer Tarifauseinandersetzung befanden, ebenfalls die Arbeit nieder. Kein Flugzeug konnte an diesem Tag landen oder starten.

## Großbritannien

„Nach 5 Jahren freundschaftlicher Allianz legen sich die britischen Gewerkschaften mit der Labour-Regierung Blairs an“. (FR 18. 7. 02). Im ersten landesweiten Streik im öffentlichen Dienst und bei den Londoner U-Bahnen forderten über ein Million Beschäftigte 6% Lohnerhöhung, Stop von Privatisierungen, umfassendes Streikrecht und die Rücknahme der Anti-Gewerkschaftsgesetze von Thatcher. Das war der größte Streik im öffentlichen Dienst seit 23 Jahren.

## Portugal

Nach 10 Jahren rapide sinkender Streikzahlen kam es Ende letzten Jahres zu massiven gewerkschaftlichen Protesten gegen das Arbeitsgesetzbuch der konservativen Regierung Barroso. Nach diesem Gesetz sollte der Kündigungsschutz wegfallen und den Unternehmen die Möglichkeit Stellen zu befristen verbessert werden. Gleichzeitig wollte die Regierung massiv Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichten. Dagegen gab es am 13.11.2002 einen Vollstreik im öffentlichen Dienst. Am 10.12. 2002 folgte ein Generalstreik aller Bereiche, mit dem Portugal für einen Tag völlig lahmgelegt wurde.

## Schweiz

Am 4.11.2002 kam es zum größten Streik seit mehr als 50 Jahren. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter sorgte dafür, dass 15.000 Bauarbeiter auf 100 Baustellen die Arbeit niederlegten. Der Verband der Bauunternehmer hatte sich geweigert, die bereits tariflich vereinbarte Frührentenabschaffung mit 60 Jahren umzusetzen. Die Unternehmer bezahlten einfach nicht dafür fälligen Beiträge. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern mobilisierte 3 Tage zuvor 20.000 GewerkschafterInnen in Bern gegen die Kahlschlagpolitik im Sozialbereich und im öffentlichen Dienst.

## Österreich

Am 5.7.2001 demonstrierten in Wien 50.000 GewerkschafterInnen gegen die Abschaffung des Mitspracherechts der Gewerkschaften in der Sozialversicherung und gegen Sozialabbau. Gleichzeitig streikten die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe in Graz gegen Ausgliederung und Privatisierung. Jetzt stehen die Zeichen auf Streik. Die rechtsgerichtete Regierung in Wien plant eine 40ige Absenkung des Rentenniveaus und die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Der ÖGB-Bundesvorstand hat deshalb am 29.4. zum ersten mal seit mehr als 50 Jahren Abwehrstreiks beschlossen.

## Zähne zeigen gegen Angriffe auf Patienten und Beschäftigte im Gesundheitswesen

Einer der größten Unterschiede zwischen Schröder und Stoiber im Wahlkampf war ihr Programm zur Gesundheitsversorgung. Die SPD bekannte sich zur paritätischen Finanzierung. Ein Kind mit Zahnücke auf einem Plakat und der Aufschrift, Schröder wolle nicht „dass man den sozialen Status wieder an den Zähnen ablesen kann“. Das sollte den Wählern den Unterschied zur CSU/CDU/FDP veranschaulichen. Einige Monate nach seiner Wiederwahl setzt Schröder das durch, wofür die Wähler Stoiber nicht gewählt haben.

### Gesundheitsreform 2003

Mit der Gesundheitsreform 2003 droht uns der größte Angriff auf unsere Gesundheitsversorgung. Dabei herrschen schon jetzt harte Bedingungen für Patienten und Beschäftigte im Gesundheitswesen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten ist durch Leistungskürzungen, Zuzahlungen und Rezeptgebühren längst aufgehoben. Zwei Drittel der Kosten für Gesundheitsleistungen bezahlen wir Patienten inzwischen schon selbst. Seit 1993 wurden in den Krankenhäusern über 60.000 Stellen abgebaut. Die Zahl der PatientInnen stieg um 2,7 Millionen. Bereitschaftsdienstleistende Pflegekräfte und Ärzte arbeiten oft bis zu 24 Stunden am Stück, manchmal sogar bis zu 36 Stunden. Der Bettenabbau hat dazu geführt, dass Patienten immer häufiger in den Fluren liegen. Es fehlt an Kapazitäten bei den Notfallaufnahmen. Bei Operationen gibt es Wartelisten. Krankenhäuser werden privatisiert. Profit bekommt dabei Vorrang vor einer optimalen medizinischen und pflegerischen Betreuung. Die Einführung von Fallpauschalen in den Krankenhäusern führt zu einer Selektion von profitablen Operationen und damit profitablen Patienten. Weil die Pflege von den Krankenkassen nicht mehr honoriert wird, müssen Patienten so schnell wie möglich aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die rot-grüne Regierung plant, dass Krankenkassen entscheiden können, mit welchem Krankenhaus sie Verträge abschließen. Wer am billigsten anbietet, hat dabei natürlich die besten Karten. Und billig ist, wer mit möglichst wenig Personal zu möglichst niedrigen Löhnen arbeitet. Diese Zustände haben in den Krankenhäusern bereits unerträgliche Zustände für Personal und die Masse der Patienten geschaffen. Und für die zahlungskräftigen KundInnen sind Luxusabteilungen in Krankenhäusern und sogar eigene Luxuskliniken bereits Realität.

### Umverteilung zugunsten der Unternehmer

Mit dem von Schröder und der Rürup-Kommission angepeilten Kurs wird die Zwei-Klassen-Medizin auf die Spitze getrieben. Geplant ist eine gigantische Umverteilung zugunsten der Unternehmer. Sie sollen durch Absenkung der Krankenkassenbeiträge entlastet werden. Gleichzeitig sollen ihnen im „Gesundheitsmarkt“ neue Profitquellen er-



schlossen werden. Allein eine private Krankengeldversicherung bietet den Versicherungskonzernen ein Umsatzvolumen von mindestens acht Milliarden Euro. Versicherungskonzerne und private Krankenhausketten stehen in den Startlöchern sich öffentliche Krankenhäuser unter den Nagel zu reißen. Krankenhäuser sollen nicht mehr den Anspruch auf eine optimale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung haben. Sie sollen in Gesundheitsfabriken umfunktioniert werden. Und wie in jeder anderen Fabrik geht es dann um Profitproduktion. Sprachlich wird das Gesundheitswesen derzeit vom „Gesundheitsmarkt“, der Patient vom „Kunden“ abgelöst.

### Rürup-Skandal

Eine Million Euro Steuergelder kassieren die Mitglieder der Rürup-Kommission dafür, dass sie einen Horrorkatalog für Streichungen bei den Leistungen der Krankenkassen auflisteten. Das Ganze läuft auf eine Streichung von jährlich 24 Milliarden Euro zu Lasten der Krankenversicherten hinaus: Privatversicherung von Krankengeld (7,5 Milliarden), Eintrittsgeld für Arztbesuche (2 Milliarden), massive Anhebung der Zuzahlung für Zahnersatz (2,5 Milliarden) und für Medikamente (6 Milliarden). Wenn das durchkommt, wird man künftig die Einkommensklasse

wieder am Gebiss erkennen können. Die Vorschläge der Rürup-Kommission laufen auf die völlige Kommerzialisierung des Arzt-Patientenverhältnisses hinaus.

### Die Reichen sollen zahlen

Wir lehnen jede weitere Verschlechterung in der Gesundheitsversorgung und jede weitere Erhöhung der Zuzahlungen, Eigenbeteiligungen ab. Der immer schlimmere Zustand der Gesundheit wird verursacht durch die kapitalistische Produktionsweise. Deshalb ist es absolut zynisch, wenn sich die Unternehmer aus der Finanzierung des Krankheitskosten weiter zurückziehen und gleichzeitig noch mehr Profite aus dem „Gesundheitsmarkt“ schlagen wollen. Die Defizite bei den Krankenkassen wurden nicht von den PatientInnen verursacht, sondern von den Unternehmern. Durch Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Jobs in „geringfügige“ Beschäftigungsverhältnisse gibt es riesige Beitragsausfälle bei den Krankenkassen. Außerdem plündert die Pharmaindustrie die Kassen durch astronomisch überhöhte Preise. Aus diesen Preisen ziehen sie ihre Superprofite.

# Britisches Gesundheitswesen in der Krise

In den 50iger Jahren galt NHS, das Nationale Gesundheitssystem in Britannien, als das beste der Welt. Doch seitdem die Idee der kollektiven Gesundheitsversorgung dem neoliberalen System von Wettbewerb und Privatisierung Platz machen musste, krankt das britische Gesundheitswesen an chronischer Unterversorgung und der Zustand verschlimmert sich täglich.

Auf Grundlage von wachsender Radikalisierung und dem Druck der Arbeiterbewegung wurde 1948 das NHS eingeführt. Es war eine riesige Errungenschaft für die Arbeiterklasse. Davor gab es keinen allgemeinen Zugang zu ärztlicher Behandlung. Alles musste teuer bezahlt werden und Arbeiterfamilien konnten sich das kaum leisten.

Durch das Nationale Gesundheitswesen konnten Infektionskrankheiten schnell unter Kontrolle gebracht werden. Aus 47.000 Diphtheriefällen in 1939 wurden sechs in 1967. Errungenschaften der Medizin wie Röntgen und Antibiotika konnten zum Nutzen der breiten Bevölkerung gebracht werden.

Heutzutage geht die Entwicklung wieder in die andere Richtung. Mit dem Einführen des Marktes in das Gesundheitssystem verschwinden auch langsam aber sicher die Errungenschaften für die Mehrheit der Bevölkerung. Durch Bettenmangel in den Krankenhäusern können Grippe-Epidemien in der Winterzeit kaum noch bewältigt werden. Die Überlebensrate bei Krebskrankungen liegt weit unter der im europäischen Vergleich. Dies liegt zum grossen Teil daran, dass PatientInnen zu lange warten müssen, bis sie behandelt werden.

Ende letzten Jahres waren wir Zeuge davon, wie ein fünfjähriges Mädchen aus dem Londoner Stadtteil Hackney starb, weil die Eltern das nötige Geld für eine teure Operation nicht zusammenbringen konnten.

Während des Wahlkampfes für das Parlament 2001 war Tony Blair unter massiven Druck geraten. Als er einen Wahlkampfbesuch in einem Krankenhaus machen wollte, machte eine Frau

ihn vor laufenden Kameras für die Krise verantwortlich, die dazu führte, dass ihr Mann keine rechtzeitige und angemessene Behandlung bekam.

Daraufhin war Blair gezwungen, das Gesundheitswesen zum Topthema zu machen und versprach es grundlegend zu verbessern. Es wurde mehr Geld von dem Staatsüberschuss für das Gesundheitswesen freigegeben. Aber Geld allein hilft nicht.

## New Labours Konzept der „Privaten Finanzierungs-Initiative“

Mit Bärenklauen hält die Labour-Regierung an dem von ihr eingeführten Konzept der „Private Finance Initiative“ fest. Nachdem die Tory-Regierung bereits mit der Einführung von Budgetierung für Arztpraxen und Krankenhäuser das Gesundheitswesen in die Krise geführt hatte, dachte sich die Labour-Regierung

einfach nur ein anderes System der Privatisierung aus. Das Ansinnen privater Konzerne, sich an diversen öffentlichen Diensten zu bereichern, ist für „New Labour“ eines der wichtigsten Gebote. Dabei stört es sie kaum, dass inzwischen 83 Prozent der Bevölkerung – aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte – gegen Privatisierung sind.

Mit dem PFI-Konzept wird das Geld aus den Steuern an private Konzerne weitergeleitet, damit sie das „Risiko“ auf sich nehmen, im öffentlichen Bereich zu investieren. Dabei muss am Ende, wenn es sich nicht lohnen sollte, doch der Staat bezahlen.

Konkret funktioniert das PFI so: Eine Privatfirma baut ein Krankenhaus und least es dann an das NHS. Wobei, nachdem der Leasing-Vertrag abgelaufen ist, das Krankenhaus noch immer der Privatfirma gehört. Deren Aktionäre oder Vorstände können dann zum Beispiel nach 20

## Sechs Jahre Widerstand gegen Privatisierung

Interview mit Mick Griffiths, Vorsitzender der Wakefelder UNISON-Ortsgruppe Gesundheit, die seit sechs Jahren gegen die Einführung von Privatisierung in Wakefelder Krankenhäusern kämpft.

Das Interview führte Angelika Teweleit, UNISON-Vertrauensfrau in Hackney, London (Angabe der Funktionen dienen nur zur Kenntlichmachung der Person)

### Tony Blair behauptet, mit PFI würde das nationale Gesundheitswesen in Britannien modernisiert. Ist da was Wahres dran?

Die Regierung hat Studien in Auftrag gegeben, die positive Resultate vorhersagen, wie dass durch private Investitionen kostengünstigere Krankenhäuser entstehen. Doch andere unabhängige Studien zeigen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Ein PFI-Projekt erfordert eine Rückgewinnung von 15-25 Prozent Profit – nicht für den Gebrauch im Gesundheitswesen, sondern für das Unternehmen. Zudem sind die Zinsen für Bau-Darlehen teurer als wenn der Staat oder die Kommune selbst baut.

Auch wenn diese Studien als falsch dementiert werden, sehen die meisten durch die Meinungsmache der Regierung hindurch. UNISONS Aufgabe ist es, eine breite Kampagne zu organisieren, mit Massendemos und Protesten.

### Wie sieht die Politik von UNISON in Bezug auf Privatisierung aus?

Momentan findet eine Debatte in

UNISON statt. Einige meinen, sie hätten Einfluss auf „Number Ten“ (die Regierung), obwohl die Regierung versucht, einen Deal über den Transfer von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in private Unternehmen durchzudrücken. Andere sind für landesweite Aktionen. Wir hoffen, mit unseren Kampagnen durch gutes Beispiel voranzugehen. Wir versuchen die Diskussion über eine landesweite Kampagne mit anderen Ortsgruppen voranzutreiben und beteiligen uns an der „Website der GesundheitsaktivistInnen“.

### Welche Auswirkungen hat die Krise im NHS auf die Beschäftigten?

Die meisten Beschäftigten fühlen sich total ausgequetscht und haben die Nase voll. Sie sind sehr besorgt, weil die Aussichten für ihre Zukunft extrem unsicher sind. Die Zunahme des Arbeitsdrucks war in den letzten Jahren sehr zu spüren.

### Wie würde Deiner Meinung nach ein gutes Gesundheitswesen aussehen?

Wir Beschäftigten sind diejenigen, die die Arbeit machen und organisieren. Ohne ein bürokratisches Mangament wären wir besser dran. Ein gutes Gesundheitswesen wäre komplett öffentlich finanziert. Es würde demokratisch organisiert durch gewählte Gremien von Beschäftigten und BenutzerInnen – zum Wohl der Bevölkerung anstatt im Interesse von Big Business.



Jahren entscheiden, ob sie es weiter als Krankenhaus betreiben wollen, oder ihren Profit auf andere Weise damit machen wollen.

Blair verkauft dieses Konzept damit, dass privates Geld in den Gesundheitssektor hineinfließt und damit mehr investiert wird. Die Realität ist genau umgekehrt. Die privaten Konzerne ziehen Steuergelder aus dem öffentlichen Dienst und dem Gesundheitswesen und es wird daher eingespart: Ein Krankenhaus, das durch Staatsgelder gebaut wird, kostet wesentlich weniger als eins durch PFI gebautes. Denn die Rechnungen, die das NHS an private Unternehmer zahlen, beinhalten Gewinne für die Aktionäre, Zinsen und haushohe Gebühren für Management-Berater.

Ein Professor und Vorsitzender der Fakultät Gesundheit an einer Londoner Universität, Allyson Pollock, hat Studien über PFI veröffentlicht. In diesen stellt er fest, dass ein über PFI laufendes Krankenhaus, bei angenommenen gleichen Kosten im Durchschnitt 30 Prozent weniger Betten hat als ein öffentliches. Zudem hat es schon eine Menge Pannen bei den neu gebauten PFI-Krankenhäusern gegeben, wie z.B. Überschwemmung in den OP-Sälen, so dass alle Operationen eingestellt werden mussten aufgrund von Bau-Fehlern oder total überhitzte Krankenzimmer in den Sommermonaten.

Ausser bei den Betten wird auch beim Personal eingespart. Das Resultat ist, dass immer weniger qualifiziertes Personal eingestellt wird, und stattdessen schlecht bezahltes Personal mit weniger Ausbildung.

### Was tun die Gewerkschaften?

Die Hauptgewerkschaft für das Gesundheitswesen und grosse Teile des öffentlichen Dienstes ist UNISON. Aufgrund der massiven Unzufriedenheit in der gesamten Bevölkerung wie auch ihrer Mitglieder mit der Privatisierungspolitik der Labour-Regierung, hat die Gewerkschaftsführung die Kampagne „positively public“ ins



Leben gerufen. Dies ist eine Öffentlichkeitskampagne für den Erhalt des öffentlichen Dienstes und gegen Privatisierung. Doch ausser ein paar knackigen Reden und Kinowerbungen hat die Kampagne keinen kämpferischen Inhalt. Auf dem letzten UNISON-Kongress im Juni diesen Jahres hagelte es nur so von Anträge mit konkreten Kampfmassnahmen gegen Privatisierung. Doch die Gewerkschaftsführung greift diese Vorschläge nicht auf. Die meisten der nationalen Gewerkschaftsführer sind stark an New Labour gebunden.

Doch die Frage ist, wie lange sie das noch durchhalten koennen. Die Mitglieder sind unzufrieden und das Bewusstsein bei AktivistInnen wächst, die Politik der Gewerkschaft mehr zu bestimmen. In anderen Gewerkschaften wie der RMT (Eisenbahn- und U-Bahn-Beschäftigte) und der CWU (Kommunikationsbetriebe) wur-

de zur gleichen Zeit getagt und Konferenzbeschlüsse gefasst, die traditionellen Spenden an die Labour-Partei wegen der Fortsetzung der Privatisierungen massiv einzuschränken. Die Mitgliedschaft der RMT hat vor einigen Monaten eine linke Führung gewählt und befindet sich nun schon im zweiten Streik gegen die Privatisierung der U-Bahn.

Dies ist ein guter Anfang für weitere Bewegungen gegen Privatisierungen. Mitglieder der Sozialistischen Partei in Britannien sind in den Gewerkschaften, unter anderem UNISON aktiv, und fordern einen eintägigen Streiktag des gesamten öffentlichen Dienstes als Auftakt für eine nationale Kampagne für den Stopp von PFI und PPP („Private Public Partnership“).

**Angelika Teweleit**  
UNISON-Vorsitzende von  
London-Hackney

## Ausbreitung von SARS: Naturkatastrophe oder Folge von Privatisierung?

SARS hat in den letzten Tagen und Wochen einige tausend Tote gefordert, ganze Stadtteile in China stehen unter Hausarrest, oder wer nach Taiwan einreisen möchte, muß zuallererst zehn Tage in Quarantäne.

SARS war eine große Herausforderung für Medizin und Forschung. Während das Auftreten der Krankheit unvorhersehbar scheint, ist deren Ausbreitung weniger eine Naturkatastrophe als uns die Medien glauben machen möchten.

In China, dem Land in dem die Krankheit zuerst auftrat und in dem sie bisher auch mit Abstand die meisten Tote forderte, hat in den letzten Jahren eine beispiellose Privatisierung des Gesundheitswesens stattgefunden. Bis vor kurzem waren alle Chinesen über ihren Betrieb bzw. den Staat krankenversichert, der Besuch beim Arzt oder dem Krankenhaus war kostenlos. Heute bleibt es jedem selbst überlassen zu schauen wie er im Krankheitsfall über die Runden kommt.

Von 1,3 Milliarden Chinesen sind erst 15 Prozent krankenversichert und selbst wer eine Krankenversicherung hat muß einen großen Anteil der Arzt- und Krankenhauskosten selbst bezahlen. Wer stationär behandelt werden will muß zum Beispiel in Peking 10.000 Yuan, etwa 1.250 Euro, hinterlassen bevor er überhaupt ein Bett bekommt. Das ist mehr als das zehnfache eines durchschnittlichen Monatslohns. Zusätzlich sind die Krankenhäuser heute gezwungen profitabel

zu wirtschaften. Erst am 17. April kamen sieben Kranke mit Symptomen von SARS (Fieber, Husten, Brustschmerzen) zu einem Krankenhaus in Huhot. Sie gehörten alle zur Familie eines Mannes der bereits an SARS gestorben war. Da keiner den Vorschub für den Krankenhausaufenthalt zahlen konnten wurden sie wieder abgewiesen. Da nützt es wenig, dass die chinesische Regierung verkündete SARS solle „früh entdeckt, früh gemeldet, früh isoliert und früh behandelt“ werden, denn seit die Krankenhäuser darauf angewiesen sind profitabel zu arbeiten und die staatliche Versicherung wegfällt bleiben die Armen aus den Krankenhäusern draußen. 70 Prozent der Bevölkerung können heute nur 30 Prozent aller medizinischen Möglichkeiten Chinas nutzen.

In den ländlichen Gebieten ist die Lage noch katastrophaler: während früher sogenannte „Barfußärzte“ zumindest die medizinische Grundversorgung sicherstellen haben die meisten Bauern heute gar keinen Zugang zum Gesundheitssystem mehr.

Als Folge bleiben viele Fälle unerkannt, und Ansteckung nicht verhindert. Es gibt bereits Gerüchte nach denen in der zentralchinesischen Provinz Shanxi ein ganzer Landkreis von SARS betroffen ist.

Dahinter stehen die sinkenden Ausgaben Chinas für das Gesundheitssystem die im Jahr 2000

bereits nur noch 5,3 Prozent des BSP ausmachen, während gleichzeitig Unsummen für Straßenbauten, Wirtschaftszonen und die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Peking ausgegeben wurden.

Dahinter steht aber auch eine Politik von IWF und Weltbank die in den letzten Jahren immer wieder Druck auf China gemacht haben zu privatisieren, staatliche Subventionen abzubauen und die Profitlogik auch in lebenswichtigen Bereichen wie dem Gesundheitswesen einziehen zu lassen. Die selbe Politik hat in den letzten Jahren auch in anderen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas zu Verschlechterungen und Privatisierungen geführt. Jeden Tag sterben Tausende Menschen weltweit an vermeidbaren Krankheiten wie Malaria, Meningitis oder Tuberkulose. Während diese Menschen im Stillen sterben ist es notwendig die öffentliche Aufmerksamkeit die SARS bekommt zu nutzen um die Zusammenhänge von Kapitalistischer Globalisierung und sinkenden Lebensbedingungen der Massen aufzuzeigen. Denn solange die Profitinteressen der großen Konzerne bestimmen wird technischer und medizinischer Fortschritt nicht dazu führen dass Krankheiten, Hunger und Elend überwunden werden.

**Tinette Schnatterer**  
ver.di Stuttgart  
13

# Der Spartentarifvertrag Nahverkehr ist da

Trotz aller Kritik des Netzwerkes für eine kämpferische und demokratische ver.di und zahlreicher Gewerkschafts-austritte von betroffenen KollegInnen ist der Spartentarifvertrag Nahverkehr da. Ver.di hat wieder einmal mehr gegen die Interessen ihrer Mitglieder gehandelt, indem sie einen Tarifvertrag einführt, der die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gegenüber dem bisher geltenden BAT und BMT-G erheblich verschlechtert.

## Hier die Verschlechterungen im Einzelnen:

- Die 1996 eingeführte sogenannte „2. Tarifebene,“ wonach alle Neueingestellten ca. 500.- DM weniger Lohn erhalten und von der betrieblichen Altersvorsorge ausgeschlossen sind, wird zur Regelbezahlung für alle neu-eingestellten Mitarbeiter im Fahrdienst.

- Neueingestellte beginnen mit der Lohngruppe 5 Stufe 1 und können die ersten drei Stufen nach jeweils drei Jahren und die weiteren zwei Stufen erst nach vier Jahren erreichen. Bisher erfolgte die Höhergruppierung alle zwei Jahre.

- Der Sozialzuschlag (Kindergeld) entfällt für alle Neueingestellten. (Beispiel: Verlust bei 3 Kindern 254.- Euro)

- Wegfall des AZV-Tages (§14a BMT-G)

- Wegfall der Ausgleichstage für Arbeit an Heiligabend und Silvester.

- Wegfall des Zusatzurlaubs für Nachtarbeit. (bis zu 4 Tage)

- Wegfall des Zusatzurlaubs für

Nachtarbeit für über 50jährige. (1 Tag)

- Wegfall der Ausgleichstage für Arbeit an Feiertagen (insgesamt Wegfall von 14 freien Tagen im Jahr)

- Kürzung der Vor- und Abschlussarbeiten von 20 auf 10 Minuten.

- Die Zuschläge für Überstunden werden von 100 % auf 30 % gekürzt.

- Der Sonntagszuschlag wird von 30 auf 25 % gekürzt.

- Für die Arbeit an den Tagen vor dem 1. Weihnachtsfeiertag, vor Neujahr, Oster-sonntag und Pfingstsonntag wird nur noch ein Zuschlag von 40 %, bisher 100 % gezahlt.

- Nachtzuschläge werden erst ab 21.00 Uhr gezahlt, bisher 20.00 Uhr.

- Lohnbewahrung nicht mehr nach 15 Fahrernjahren oder 50. Lebensjahr, sondern erst nach 20 Dienstjahren und 55. Lebensjahr.

Eine Reihe von KollegInnen bei der Essener Verkehrs AG haben unter Federführung von Detlef Kallinich versucht, wenigstens den Wegfall von 14 freien Tagen für den Ausgleich für die Arbeit an Feiertagen durch das Arbeitsgericht zu verhindern. Doch das Arbeitsgericht Essen hat diese Praktik in I. Instanz für rechtens erklärt.

Die KollegInnen müssen jetzt zunächst die Urteilsbegründung abwarten, um dann entscheiden zu können, ob sie in Berufung gehen, um die Angelegenheit vor dem Landes-arbeitsgericht zu klären.

Der Spartentarifvertrag Nahverkehr, kurz TV-N genannt, wird nach und nach in allen Verkehrsbetrieben im gesamten Bundesgebiet Anwendung finden. Eine entscheidende

Vorreiterrolle spielt hier NRW. Innerhalb Nordrhein-Westfalens war die Essener Verkehrs AG mit einer derjenigen Nahverkehrsbetriebe, die den TV-N als erstes einführt.

Um Wettbewerbsfähig zu bleiben sehen sich jetzt allerdings auch die angrenzenden Verkehrsbetriebe in Mülheim, Oberhausen, Gelsenkirchen und Bochum gezwungen, den TV-N anzuwenden.

Genau dies war aber auch die Begründung für die Einführung des TV-N bei der EVAG. Man wollte gegenüber der Konkurrenz wettbewerbsfähig bleiben. Dies allein zeigt schon die Perversität der Argumente. Die Verbreitung dieses „Krebsgeschwürs“ nimmt also weiter seinen Lauf und ver.di spielt kräftig mit.

Nachdem das Tariftreuegesetz auf Bundes-ebene mit der CDU/CSU und FDP Mehrheit im Bundesrat blockiert wurde hat es nun der Landtag NRW mit den Stimmen von SPD und Grünen für den Geltungsbereich des Landes Nordrhein-Westfalen verabschiedet.

Nach diesem Gesetz dürfen Länder und Kommunen nur noch öffentliche Aufträge im Baugewerbe und Personennahverkehr an solche Firmen vergeben, die sich an geltende Tarifverträge halten.

Dies war für ver.di eine Voraussetzung für den Abschluss des TV-N. Doch hierfür können sich die Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr auch nichts kaufen, denn ihre Arbeitsbedingungen sind durch den TV-N erheblich verschlechtert worden.

**Alois Skrbina  
ig-bau essen**

Das Netzwerk hat im März 2002 eine ausführliches Faltblatt herausgebracht mit dem Titel „Nein zur Lohnabsenkung per Spartentarifvertrag. Gedruckte Exemplare können bei den Kontaktadressen angefordert werden. Als Datei ist das Faltblatt von unserer homepage abrufbar.

## Resist the G8! Auf nach Evian am 1. Juni

Bush, Blair, Schröder und die anderen Regierungschefs der führenden 8 kapitalistischen Staaten G8 werden sich Ende Mai, Anfang Juni im französischen Luxusbadeort Evian verschancen. Auf der Tagesordnung wird die Verteilung der Kriegsbeute im Irak, die weitere Militarisierung und neoliberale Globalisierung stehen. Unter anderem wird es hierbei auch um GATS gehen, den Plan zur weltweiten Privatisierung von Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und der vollständigen Auslieferung des öffentlichen Dienstes an Profithaie.

Wie in Genua vor zwei Jahren werden Globalisierungsgegner, Friedens- und Umweltaktivisten und nicht zuletzt GewerkschafterInnen den Versammlungsort der kapitalistischen Herrscher mit einer riesigen Demonstration und Blockade konfrontieren. Attac Deutschland organisiert einen Widerstands-Sonderzug für 8.000 Demonstranten. Aus verschiedenen Städten gibt es Busse.



# Was ist das Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Seit dem Sommer 1996 gibt es das Netzwerk von kritischen aktiven KollegInnen in der ötv, jetzt in ver.di. Wir sind der Meinung, dass die Kampfbereitschaft in den Betrieben endlich vereint zum Einsatz kommen muss. Dem steht die Politik der ver.di-Führung und der DGB-Spitze im Weg. Sie betreiben gemeinsam mit der Schröder-Regierung den Ausverkauf an unseren Interessen. Hartz- und Rürup-Kommission, das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“, Runde Tische und Kanzlergespräche dienen nur dazu die Gewerkschaften ins Boot neoliberaler Politik zu holen. Eine solche Politik können sich Bsirske und Co. leisten, wir nicht. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig und damit auch politisch den Arbeitgebern und dem Kanzler näher stehen als uns die Politik der Gewerkschaften bestimmen. Wir wollen Gegenwehr statt Co-Mangement. Wir brauchen Gewerkschaftsfunktionäre, die die Interessen und demokratischen Entscheidungen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Wir müssen von unten her Druck auf die Gewerkschaftsführung aufbauen. Wir müssen durchsetzen, dass unsere Wut und unsere Kampfbereitschaft nicht länger in Dampfblaskaktionen enden und wir am Ende doch die Verlierer sind. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen, italienischen und österreichischen KollegInnen folgen und uns mit politischen Streiks bis hin zum Generalstreik zur Wehr setzen. Die Gewerkschaften müssen wieder zu dem werden, wofür sie gegründet wurden, zu Kampforganisation der arbeitenden Klasse. Austreten ist der falsche Weg. Wir müssen auftreten gegen die Karrieristen unter den ver.di-Funktionären und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen machen. Denn starke Gewerkschaften sind dringend denn je nötig um unsere Interessen gegen Unternehmer und Regierungen zu verteidigen. Wir müssen die Blockade und Sabotage der Führung von unten brechen und die Gewerkschaften für die Mitgliedschaft zurückerobern. Wir fordern alle kritischen und kämpferischen KollegInnen und Kollegen auf, mit uns in ver.di dafür zu kämpfen. Gemeinsam sind wir stark!!!

## Aktivitäten des Netzwerks

Seit der Gründung des Netzwerks im Sommer 1996 hat es 14 bundesweite Treffen gegeben. Da das Netzwerk aus der ötv kommt,

sind die meisten aktiven KollegInnen im öffentlichen Dienst. Wir waren gegen die ver.di-Gründung als bürokratisches Fusionsprojekt. Auf der Kreiskonferenz in Kassel konnten wir dafür eine Mehrheit gewinnen. Das war der einzige Antrag auf dem Sonder-Gewerkschaftstag der ötv 1999, der die ver.di-Gründung explizit ablehnte.

Seit der ver.di-Gründung hat sich unser In-

*Die Herausgabe dieser Ausgabe der Netzwerkzeitung wurde finanziell ermöglicht durch die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt Berlin*

*Der Sprecherrat des Netzwerks bedankt sich für die großzügige Unterstützung*

teressenten- und Unterstützerkreis auch auf andere Fachbereiche ausgedehnt. KollegInnen bei der Telekom bringen zum Beispiel eine oppositionelle Betriebszeitung heraus.

Seit der Gründung des Netzwerks diskutieren wir vor jeder Tarifrunde im öffentlichen Dienst eigene Forderungen und gehen mit die-

ser Position in die gewerkschaftlichen Gremien. Wir verteidigen den BAT/BMT-G und sind gegen jede Form von Ausstieg. Wir lehnen Spartentarifverträge und die mit der „Prozessvereinbarung“ geplanten Verschlechterungen ab. Im Zusammenhang mit dem Spartentarifvertrag führten Netzwerk-Unterstützer bei den Essener Verkehrsbetrieben eine harte innergewerkschaftliche Auseinandersetzung. Dabei kam es sogar zum ersten Ausschlussverfahren aus ver.di und zur Dienstsuspendierung eines Kollegen. Beides konnte durch eine Kampagne abgewehrt werden.

Wir verbreiten unsere Position zu Tarifaufeinandersetzungen und aktuellen Fragen in Flugblättern. Ein von Netzwerk-Unterstützern erarbeiteter Antrag gegen die Hartz-Pläne vom August 2002 wurde von vielen gewerkschaftlichen Gremien bis hin zum Bezirksvorstand Südhessen ohne oder nur mit wenigen Änderungen oder Ergänzungen beschlossen. Wir forderten in diesem Antrag „dass die Gewerkschaften alle Mittel, also Demonstrationen und Kampfmaßnahmen bis zu Streiks einsetzen, um diese Pläne gegen die Interessen der Erwerbslosen und Lohnabhängigen zu stoppen“.

Wir solidarisieren uns national und international mit in Auseinandersetzung stehenden Belegschaften. Wir sind Teil der Bewegung gegen neoliberale Globalisierung und Krieg. Wir waren von Anfang an am Aufbau der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ beteiligt.

## Materialien des ver.di-Netzwerks zur Tarifrunde 2002/03 im öffentlichen Dienst

- **Tarifinfo 1/2002: Jetzt reicht's – ver.di in die Offensive gegen Lohnraub**
- **Resolution „Kein Tarifabschluss auf der Grundlage des Schlichterspruchs – Urabstimmung und Streik“**
- **Gegen die „Modernisierung des BAT/BMT-G/MTArb – Weg mit den 100 Punkten“**
- **Nein zur Lohnabsenkung durch Spartentarifverträge**
- **Tarifinfo 2, Jan.2003: Von wegen 4,4% – Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen**

Alle Materialien können gedruckt angefordert oder von unserer oder der homepage des labour net heruntergeladen werden:  
[www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de) oder [www.labournet.de](http://www.labournet.de)

Ein Kollege hat anhand eines Gehaltsbeispiels eine tatsächliche Lohn-erhöhung von 0,7 Prozent errechnet. Siehe:  
[www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif02/berechnung.pdf](http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif02/berechnung.pdf)

# Für diese Forderungen stehen die Kolleginnen und Kollegen des Netzwerks ein:

- \* Für den Erhalt und den Ausbau des Öffentlichen Dienstes zur Sicherstellung gesellschaftlicher Aufgaben
- \* Gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften gegen Angriffe, die alle Beschäftigten betreffen
- \* Gegen Stellenabbau, Privatisierung und Lohnkürzungen
- \* Für 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; für den massiven Abbau von Überstunden

- \* Tarifliche Rente ab 58 Jahre auf freiwilliger Basis und bei voller Rente ohne Lohn- und Gehaltskürzungen
- \* für einen Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat für Vollzeitbeschäftigte bzw. brutto 12 Euro pro Arbeitsstunde
- \* Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet
- \* Mobilisierung der Mitglieder und Gegenwehr gegen alle Angriffe, wenn nötig bis hin zu politischen Streiks
- \* Für „gläserne Tarifverhandlungen“: die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft. Demokratische Dis-

kussion und Entscheidung der Mitglieder über jeden Tarifabschluß

- \* Wählbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre, Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das durchschnittliche Einkommen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst
- \* Europaweiter gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften gegen das Europa der Konzerne
- \* Gegen jede Form von rassistischer und sexistischer Diskriminierung
- \* Solidarität und Unterstützung für alle kämpfenden ArbeitnehmerInnen in Deutschland, Europa und international.

www.labournet.de

**Der virtuelle  
Treffung der  
Gewerkschafts-  
und Betriebs-  
linken**



LabourNet  
Germany

**Fördermitglieder  
gesucht!  
eMail an:  
redaktion@labournet.de**

## Spendenaufruf

Das Netzwerk finanziert sich aus Spenden von UnterstützerInnen. Die Herausgabe der Zeitung, von Rundbriefen und das Verschicken von Infomaterial kosten Geld. Wir fordern daher alle Leserinnen und Leser auf, uns mit einer einmaligen Spende oder einem Dauerauftrag auf unser Konto zu unterstützen.

### Spendenkonto des Netzwerks:

Detlef Kallinich, Kto.-Nr. 50 92 64, Sparda Bank Essen  
BLZ 360 60 591, Zweck: Netzwerk

### Kontakt zum Netzwerk:

e-mail: [netzwerk-verdi@gmx.de](mailto:netzwerk-verdi@gmx.de)  
Internet: [www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)  
Fax: 040/41 48 70 09

**Angela Münch**, Tel. 0221/6909723,  
angelamuench@gmx.de

**Alois Skrbina**, Tel. 0201/2799210,  
AloisSkrbina@aol.de

**Jörn Kroppach**, Tel. 040/766 21 797

**Günter Hennes**, Tel. 02203 /22793

**Detlef Kallinich**, Tel./Fax 0201/5575323

**Dieter Janßen**, Tel. 0172/9988405

Ich möchte weitere Informationen über das Netzwerk zugeschickt bekommen

Name

Adresse

Telefon

Betrieb/Verwaltung

Bitte einsenden an: „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“, c/o Angela Münch, Eythstr. 135, 51103 Köln